

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur  
Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
<b>Einwände / Hinweise</b>			
1	<b>Landratsamt Ansbach</b> 03.01.2025	Im Anhang übersendet das Landratsamt Ansbach zu dem oben genannten Verfahren die Stellungnahmen des Sachgebiet 41 – Bauamt mit der Bitte um Beachtung.	
		<p><b><u>Sachgebiet 41 - Bauamt</u></b></p> <p><i>Rechtsgrundlagen</i> BayBO, BauGB, BauNVO</p> <p><i>Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</i></p> <p>In der Begründung wird unter Punkt 6. Emissionen, Immissionen (Seiten 15 - 17) ausgeführt, dass die Bewältigung des Immissionskonfliktes im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch entsprechende Auflagen erfolgen kann. Ein solches Baugenehmigungsverfahren ist aber aufgrund der Änderungen der BayBO durch das Erste und Zweite Modernisierungsgesetz Bayern, das am 01.01.2025 in Kraft getreten ist, nicht mehr zwingend durchzuführen; vielmehr können die Einkaufsmärkte auch im Freistellungsverfahren nach Art. 58 BayBO zugelassen werden.</p> <p>Mit dem neuen Art. 2 Abs. 4 Nr. 4 BayBO sind erdgeschossige Verkaufsstätten erst aber einer Verkaufsfläche von mehr als 2000 m2 Sonderbauten (bisher 800 m2) und unterliegen somit der Pflicht zur Durchführung eines Baugenehmigungsverfahrens; alle erdgeschossigen Verkaufsstätten mit einer geringeren Verkaufsfläche sind folglich keine Sonderbauten und können nach Art. 58 Abs. 1 Satz 1 BayBO im Freistellungsverfahren vorgelegt werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird in der Begründung ergänzt, dass</p> <p><b>„Die Bewältigung des Immissionskonfliktes kann im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens <i>bzw. im Freistellungsverfahren nach Art. 58 BayBO</i> erfolgt.“</b></p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Burgerfeld“ – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass ein Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden wird, ist durch entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan sicher zu stellen, dass notwendige Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt werden bzw. für Bauherren und Planer aus dem Bebauungsplan klar ersichtlich ist, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Es gilt das Gebot der Konfliktbewältigung auf Bebauungsplanebene.	
		Alle weiteren am Verfahren beteiligten Sachgebiete haben die übersandten Unterlagen ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.	Wird zur Kenntnis genommen
2	<b>Staatliches Bauamt Ansbach</b> 26.11.2024	<p>Das Staatliche Bauamt Ansbach nimmt zu der o. g. Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><i>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes.</i></p> <p>1. Im Nahbereich des Bebauungsplans verläuft die vom Staatlichen Bauamt Ansbach verwaltete Staatsstraße 2248.</p> <p><i>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Rechnung, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)</i></p> <p>Die Stellungnahme vom 22.11.2023 zum Bebauungsplan Nr. 7 „Burgerfeld“ gilt dem Grunde nach weiter, jedoch weisen wir auf Punkt 2.5 hin.</p> <p><i>Rechtsgrundlagen</i>  Bayer. Straßen- und Wegegesetz  Bay. Naturschutzgesetz</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Abwägung zur Stellungnahme vom 22.11.2023 wird weiterhin aufrechterhalten.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p><i>Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</i></p> <p>Die Erschließung des Einzelhandelszentrums erfolgt über die Stadtstraße „Am Wasserturm“. Um eine verkehrssichere Erschließung für den Radverkehr zu ermöglichen, sollte eine Querungshilfe über die Stadtstraße „Am Wasserturm“ in Verbindung mit dem begleitenden Geh- und Radweg an der Staatsstraße 2248 hergestellt werden.</p> <p>Um Übermittlung einer Kopie der Abwägung der o. g. Punkte sowie einer Kopie des rechtsgültigen Bebauungsplanes (Satzung mit Plan) wird gebeten. Die Unterlagen können auch digital als pdf an poststellestbaa.bayern.de übermittelt werden.</p>	<p>Der Hinweis zur Querungshilfe wird zur Kenntnis genommen und bei der Erschließungsplanung berücksichtigt.</p>
	<p><b>Staatliches Bauamt Ansbach</b> 22.11.2023</p>	<p>Das Staatliche Bauamt Ansbach nimmt zu der o. g. Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><i>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes.</i></p> <p>1. Im Nahbereich des Bebauungsplans verläuft die vom Staatlichen Bauamt Ansbach verwaltete Staatsstraße 2248.</p> <p><i>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Rechnung, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)</i></p> <p>1. Für die Anbindung der Stadtstraße „Am Wasserturm“ an die St 2248 wird die Knotenpunktsform eines Kreisverkehrs im Geltungsbereich des Bebauungsplanes dargestellt. Da unter den</p>	<p>Der Einwand zum geplanten Umbau der der bestehenden Kreuzung wird zur Kenntnis genommen. Da die Kostenbeteiligung für den Neubau eines Kreisver-</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>aktuellen Verkehrsbedingungen, die bestehende Kreuzung keinen Unfallschwerpunkt darstellt und verkehrlich keine Defizite aufweist, sieht das Staatliche Bauamt Ansbach keine Veranlassung zum Umbau der bestehenden Kreuzung. Mangels des Nachweises der Notwendigkeit kann dem Kreuzungsumbau in der vorgelegten Form nicht zugestimmt werden. Eine Kostenbeteiligung, des Straßenbaulastträger der Staatstraße 2248 kann somit nicht in Aussicht gestellt werden.</p> <p>Es ist im Ast der Stadtstraße „Am Wasserturm“ ein Tropfen zu errichten. Dieser ist als Querungshilfe für den die Staatstraße 2248 begleitenden Geh- und Radweg auszugestalten.</p> <p>2. Die Erschließung des Einzelhandelszentrum erfolgt über die Stadtstraße „Am Wasserturm“. Ein Rückstau auf die bestehende Einmündung St 2248/ Stadtstraße ist nicht auszuschließen.</p> <p>3. Die erforderlichen Sichtdreiecke von der Stadtstraße zur Staatstraße 2248 (5m / 70 m) sind im Plan nicht dargestellt.</p> <p>4. Werbeanlagen an freier Strecke (Verknüpfungsbereich) sind nur am Ort der Leistung zulässig. Die Ausführungen der Werbeanlagen ist nicht ersichtlich.</p> <p><u>Landschaftspflegerische Maßnahmen:</u></p> <p>1. Der Straßenbaulastträger ist nicht verpflichtet, Bepflanzungen an bereits bestehenden Straßen aufgrund von Festlegungen</p>	<p>kehrs durch das Staatliche Bauamt nicht in Aussicht gestellt werden kann, wird auf den Umbau der Kreuzung verzichtet.</p> <p>Es soll jedoch weiterhin an der Realisierung des Kreisverkehrs festgehalten werden und wird nunmehr nachrichtlich im Planteil dargestellt.</p> <p>Aus gutachterlicher Sicht wird festgestellt, dass bei prognostizierten Verkehrsbelastungen von maximal 3.410 Kfz-Fahrten/ 24 Stunden unter Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrssteigerungen bis 2040 und dem Neuverkehr des Fachmarkts im Planfall 2040 noch unter dieser Spanne liegen und können in dem kurzen Abschnitt zwischen Knotenpunkt und Zufahrt zum Parkplatz und auch im weiteren Straßenverlauf im Bestandsausbau leistungsfähig aufgenommen werden.</p> <p>Siehe unten</p> <p>Siehe unten</p> <p>Siehe unten</p> <p>1. Wird zur Kenntnis genommen. Bepflanzungen sind nur auf privaten Grundstücksflächen geplant.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Bebauungsplan /Grünordnungsplan durchzuführen.</p> <p>2. Bestehende Grünbestände an in der Verwaltung des Staatlichen Bauamtes befindlichen Straßen dürfen durch geplante Maßnahmen des Bebauungsplanes / Grünordnungsplanes nur im Einvernehmen mit dem Staatlichen Bauamt beeinträchtigt werden und sind gemäß RAS LP 4 bzw. DIN 18920 zu schützen.</p> <p>3. Werden Pflanzungen oder Bäume an bereits bestehenden, in der Verwaltung des Staatlichen Bauamtes Ansbach befindlichen Straßen außerhalb des Straßengrundstückes geplant, darf dies nur im Einvernehmen mit dem Staatlichen Bauamt erfolgen. Die Abstandsgrenzen nach den maßgeblichen zivilrechtlichen wie öffentlichrechtlichen Normen sind einzuhalten. Vom Rand der Fahrbahn ist grundsätzlich ein Mindestabstand von 8,0 m einzuhalten. Sichtdreiecke sind immer freizuhalten.</p> <p><i>Rechtsgrundlagen</i>  Bayer. Straßen- und Wegegesetz  Bay. Naturschutzgesetz</p> <p><i>Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)</i></p> <p>zu 1:  Der Knotenpunktsumbau, an der St 2248, Einmündung „Am Wasserturm“ und „Nürnbergstraße“ zum Kreisverkehr ist im Detail mit dem Staatlichen Bauamt Ansbach abzustimmen. Vor weiteren Abstimmungen ist eine Vereinbarung zwischen der Stadt Herrieden und dem Staatlichen Bauamt Ansbach abzuschließen, die den Bau, die Kostentragung sowie die Ablösekosten regelt. Die gesamten Kosten für diese Maßnahme sind von der Stadt Herrieden zu tragen.</p>	<p>2. Wird zur Kenntnis genommen. Von dem Vorhaben sind keine Grünbestände an in der Verwaltung des Staatlichen Bauamtes befindlichen Straßen betroffen.</p> <p>3. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Mindestabstand von 8,0 m der geplanten Bäume zum Fahrbahnrand wird eingehalten. Die Sichtdreiecke sind freigehalten.</p> <p>Zu 1:  Wird zur Kenntnis genommen. Der Knotenpunktsumbau erfolgt in Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt.</p> <p>Der Umbau der Kreuzung in einen Kreisverkehr wird aktuell jedoch nicht weiterverfolgt.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>zu 2: Ein Verkehrsgutachten ist zu erstellen, das ausweist, dass ein Rückstau, durch die Erschließung Einzelhandelszentrum an der Stadtstraße „Am Wasserturm“ auf die Staatstraße 2248 ausgeschlossen werden kann. Sollten sich nach den Verkehrsgutachten negative Auswirkungen (Rückstau) auf die Staatstraße auswirken sind weiterer Abstimmungen mit den Staatlichen Bauamt Ansbach erforderlich. Dabei ist eine Verlegung der Zufahrt zum Einzelhandelszentrum oder ein Bau einer Aufstellfläche für Linksabbieger von der Stadtstraße aus zu prüfen.</p> <p>zu 3: An der Einmündung St 2248/ Stadtstraße „Am Wasserturm“ ist in einem Abstand von 5 m vom Fahrbahnrand der Staatstraße ein Sichtdreieck (in beide Richtungen) auf 70 m Länge (gemessen in der Fahrspurachse der Staatsstraße) von sichtbehindernden Gegenständen aller Art, auch Anpflanzungen, mit einer Höhe von mehr als 0,80 m über den anliegenden Fahrbahnen freizuhalten. Dieses ist zeichnerisch darzustellen, zu bemaßen und im Textteil wie folgt zu beschreiben: Innerhalb der gekennzeichneten Sichtflächen dürfen keine Hochbauten errichtet werden. Einfriedungen, Zäune, Hecken, Anpflanzungen sowie Stapel und Haufen u. ä. mit dem Grundstück nicht fest verbundenen Gegenstände dürfen nicht angelegt werden, wenn sie sich mehr als 0,80 m über die Fahrbahnebene erheben.</p> <p>zu 4. Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer ablenken können und somit geeignet sind die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, dürfen nicht errichtet werden. Das gilt auch für die Bauphase und die zum Bau eingesetzten Geräte und Vorrichtungen. Auf § 33 STVO wird verwiesen. Die Errichtung von Werbeanlagen an freier Strecke unterliegt der Genehmigung oder Zustimmung der</p>	<p>Zu 2: Das Verkehrsgutachten wurde erstellt. Die bestehenden Straßen sind für die Erschließung des Einzelhandelszentrums ausreichend leistungsfähig. Alle betrachteten Straßenabschnitte können die prognostizierten Verkehrsstärken der Gesamtprognose 2040 gemäß RAS 06 verkehrstragfähig aufnehmen. Aufgrund der bestehenden und prognostizierten Verkehrsbelastung ist ein Rückstau auf die Staatsstraße nicht zu erwarten. Das Verkehrsgutachten ist als Anlage der Begründung Bestandteil des Bebauungsplanes.</p> <p>Zu 3: Die Sichtdreiecke werden wie vorgeschlagen im Planteil ergänzt, sowie im Textteil beschrieben. Durch das geplante Vorhaben sind die freizuhaltenden Sichtflächen nicht beeinträchtigt.</p> <p>Zu 4: Die Auflage zu Werbeanlagen wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Die Erforderlichkeit der Genehmigung oder Zustimmung der Straßenverkehrsbehörde werden in den Unterlagen ergänzt.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Bürgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Straßenverkehrsbehörde und ist in einen gesonderten Bauantrag zu stellen.</p> <p><i>Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</i></p> <p>Wir verweisen darauf, dass ungeachtet dieses Schreibens unsere Stellungnahmen vom 09.02.2017/26.04.2017 zu dem Bauleitverfahren B-Plan Nr.17 „Wohnen im Bürgerfeld" und Stellungnahme vom 31.03.2017 zu dem Bauleitverfahren B-Plan Nr. 7 „Bürgerfeld" weiterhin Gültigkeit behalten.</p> <p>Die gesetzlichen Anbauverbotszonen genügen voraussichtlich nicht zum Schutz der Anlieger vor Lärm, Staub- oder Abgasemissionen.</p> <p>Auf die von der Straße ausgehenden Emissionen wird hingewiesen. Eventuell erforderliche Lärmschutzmaßnahmen werden nicht vom Baulastträger der Staatsstraße übernommen (Verkehrslärmschutzverordnung — 16.BImSchV).</p> <p>Um Übermittlung einer Kopie der Abwägung der o. g. Punkte sowie einer Kopie des rechtsgültigen Bebauungsplanes (Satzung mit Plan) wird gebeten. Die Unterlagen können auch digital als pdf an poststelleestbaan.bayern.de übermittelt werden.</p>	<p>Die Auflagen der Stellungnahmen vom 09.02.2017/26.04.2017 zu dem Bauleitverfahren B-Plan Nr.17 „Wohnen im Bürgerfeld" und Stellungnahme vom 31.03.2017 zu dem Bauleitverfahren B-Plan Nr. 7 „Bürgerfeld" wurden berücksichtigt. Die Abwägung der Stellungnahmen wird weiterhin aufrechterhalten.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Bei der geplanten Nutzung sind keine Konflikte mit den von der Staatsstraße ausgehenden Emissionen zu erkennen.</p>
3	<b>Wasserwirtschaftsamt Ansbach</b> 29.11.2024	<p>Zur o. g. Bauleitplanung nimmt das Wasserwirtschaftsamt als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><b>Boden- und Grundwasserschutz</b></p> <p>Den vorliegenden Planungsunterlagen ist zu entnehmen, dass die lokal vorhandenen Geländesenken im Zuge der Baumaßnahmen ausgeglichen werden sollen. Diesbezüglich weisen wir darauf hin,</p>	<p>Der Hinweis zum Bodenmaterial wird zur Kenntnis genommen und bei der Ausführung beachtet.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur  
Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>dass das für Geländeauffüllungen verwendete Bodenmaterial aus wasserwirtschaftlicher Sicht den Vorsorgewerten gemäß Anlage 1 Tab. 1 + 2 BBodSchV entsprechen muss.</p> <p>Bei Erd- und Tiefbauarbeiten sind insbesondere für den Aushub und die Zwischenlagerung physikalische und chemische Beeinträchtigungen des Bodens zu vermeiden. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Anforderungen der DIN 18915 und DIN 19731. Oberstes Ziel ist die Vermeidung von Bodenaushub bzw. die Wiederverwendung von Bodenmaterial innerhalb der Baufläche. Bei überschüssigem Aushubmaterial sind abhängig vom jeweiligen Entsorgungsweg die rechtlichen und technischen Anforderungen (z. B. Bundesbodenschutzverordnung, Leitfaden zur Verfüllung von Gruben und Brüchen sowie Tagebauen, Ersatzbaustoffverordnung sowie Deponieverordnung) maßgeblich.</p> <p>Sollten bei Aushubarbeiten organoleptische Auffälligkeiten des Bodens (z. B. Farbe, Geruch) festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast hindeuten, ist unverzüglich die zuständige Bodenschutzbehörde, das Landratsamt Ansbach, zu benachrichtigen.</p> <p><b>Abwasserbeseitigung</b> Grundsätzlich ist eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sicherzustellen und in der Entwässerungsplanung aufzuzeigen. Gemäß § 55 Abs. 2 WHG soll Niederschlagswasser vorrangig ortsnah versickert werden. Niederschlagswasser, welches nicht versickert oder dezentral vor Ort zurückgehalten werden kann, ist in ein Oberflächengewässer einzuleiten. Eine Einleitung von Niederschlagswasser in ein Oberflächengewässer ist aus fachlicher Sicht nur dann zulässig, wenn ein entsprechender Nachweis erbracht wird, der die unzureichende Versickerungsfähigkeit des Untergrunds bestätigt (z. B. Durchführung eines Versickerungsversuchs sowie Bestimmung hydrogeologischer Kennwerte). In diesem Zusammenhang bitten wir um Übersendung der Ergebnisse der geotechnischen Untersuchungen.</p>	<p>Die Hinweise zum Aushubmaterial werden zur Kenntnis genommen und bei der Ausführung beachtet.</p> <p>Der Hydrologische Kennwert liegt bei <math>3,1 \cdot 10^{-6}</math> bzw. bei <math>6,2 \cdot 10^{-6}</math></p> <p>Vorliegend wird deshalb von einer Versickerung abgeraten. Das anfallende Oberflächen- und Niederschlagswasser sollte daher in einem Regenrückhaltebecken gesammelt werden.</p>



**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Zur Überprüfung der Möglichkeit einer Versickerung sind auch bodenverbessernde Maßnahmen zur Verbesserung der Versickerungsfähigkeit des Untergrunds in Erwägung zu ziehen und zu diskutieren. Soweit eine Versickerung des Niederschlagswassers am Standort tatsächlich nicht möglich sein sollte, ist zudem auch die Möglichkeit der Einleitung in ein Oberflächengewässer (z. B. Mühlfeldgraben, Klingengraben) zu prüfen. Sofern auch diese Möglichkeit ausscheiden sollte, ist die hydraulische Aufnahmefähigkeit des betreffenden Kanalnetzes zu überprüfen. Im Bebauungsplan sind Flächen zur Rückhaltung von Niederschlagswasser vorzusehen. Weiterführende Informationen und Handlungsempfehlungen zum ordnungsgemäßen Umgang mit Niederschlagswasser können Sie u. a. dem Merkblatt DWA-M 153 entnehmen.</p> <p>Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass für die Einleitung von gesammeltem Niederschlagswasser in ein oberirdisches Gewässer sowie in das Grundwasser ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren erforderlich ist, wenn nicht die Bagatellgrenzen der NWFreiV, TRENOG oder TRENGW unterschritten werden.</p> <p>In diesem Zusammenhang möchten wir auf verschiedene Regelwerke hinweisen. Für Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser ist das Arbeitsblatt DWA-A 138 anzuwenden. Wird das gesammelte Niederschlagswasser innerorts in ein Oberflächengewässer eingeleitet, ist für die qualitative Betrachtung das Arbeitsblatt DWA-A 102-2 maßgebend. Wird das gesammelte Niederschlagswasser außerorts in ein Oberflächengewässer eingeleitet, ist für die qualitative Betrachtung das Merkblatt DWA-M 153 einschlägig. Die quantitative Betrachtung erfolgt einheitlich über das Merkblatt DWA-M 153. Für die Bemessung von technischen Anlagen der Regenwasserrückhaltung ist das Arbeitsblatt DWA-A 117 maßgebend.</p> <p>Die erforderlichen Abwasserbeseitigungsanlagen sind rechtzeitig, vor Realisierung des Vorhabens, umzusetzen. Wir empfehlen Ihnen, die Abwasserbeseitigung bereits frühzeitig mit uns abzustimmen, um</p>	<p>Die Rückhaltung wird unter den Verkehrsflächen bzw. im Parkplatzbereich mit Rigolensystemen erbracht und ist daher nicht im Planteil darstellbar.</p> <p>In den Festsetzungen ist das Erfordernis der Rückhaltung des Oberflächenwassers sowie die Nachweispflicht der schadlosen Abwasserbeseitigung, unter Punkt B enthalten.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Entwässerungsplanung erfolgt in Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Verzögerungen im Verfahrensablauf sowie dem Bau zu vermeiden.</p> <p><b>Klimawandel und wassersensible Siedlungsentwicklung</b>  Wir bitten Sie im Zuge des Klimawandels eine wassersensible Entwicklung von Bau- und Gewerbegebieten weiter in den Fokus zu rücken. Weitere Anregungen und Informationen hierzu entnehmen Sie gerne der Broschüre „Klimaresilienter Landkreis Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim“. In unserem trockenheitsgeprägten Landkreis halten wir insbesondere die Rückhaltung und Nutzung von Niederschlagswasser für erforderlich.</p> <p><u>Abschließend möchten wir auf die weiterhin bestehende Gültigkeit unserer Stellungnahme vom 02.11.2023 hinweisen.</u></p> <p><u>Die Prüfung der vorliegenden Planungsunterlagen ist auf wasserwirtschaftliche Belange beschränkt.</u></p> <p><u>Gegen die vorliegende Planung bestehen keine grundlegenden wasserwirtschaftlichen Bedenken, sofern die oben genannten Ausführungen berücksichtigt werden.</u></p> <p>Dieses Schreiben wird ausschließlich digital per E-Mail übermittelt.</p> <p>Das Landratsamt Ansbach sowie die Stadt Herrieden erhalten diese E-Mail in „Cc“.</p>	<p>Die Hinweise zum Klimawandel werden zur Kenntnis genommen. Folgende Festsetzungen wurden getroffen, um den Belangen Rechnung zu tragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fassadenbegrünung</li> <li>- KFZ-Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen herzustellen.</li> <li>- Pflanzgebot für Bäume im Parkplatzbereich</li> </ul> <p>Die Abwägung der Stellungnahme vom 02.11.2023 wird weiterhin aufrechterhalten.</p>
	<p><b>Wasserwirtschaftsamt Ansbach</b>  02.11.2023</p>	<p>Das Wasserwirtschaftsamt Ansbach nimmt zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Burgerfeld“ der Stadt Herrieden als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p>Starkregen  Infolge von Starkregenereignissen kann es auch fernab von Gewässern zu Überflutungen kommen. Die Vorsorge gegen derartige Ereignisse beginnt auf Ebene der Bauleitplanung.</p>	<p>Die Geländesenken werden im Zuge der Baumaßnahmen ausgeglichen.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Wir weisen darauf hin, dass im Plangebiet bei Starkregen mögliche Fließwege mit mäßigem Abfluss bekannt sind. Ferner befinden sich im Plangebiet im Falle von Starkregenereignissen überschwemmungsgefährdete Geländesenken und Aufstaubereiche. Der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers darf nicht zum Nachteil eines tiefer liegenden Grundstücks verstärkt oder auf andere Weise verändert werden (§ 37 Abs. 1 WHG).</p> <p>Wir verweisen daher auf den Leitfaden des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz „Wassersensible Siedlungsentwicklung“ und auf die Arbeitshilfe „Hochwasser- und Starkregenrisiken in der Bauleitplanung“.</p> <p><b>Boden</b>  Im Sinne der Grundwasserneubildung ist die Versiegelung von Flächen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Es sind bevorzugt wasserdurchlässige Beläge, wie z. B. Rasengittersteine, auf untergeordneten bzw. gering belasteten Verkehrsflächen und auf sonstigen aufgrund ihrer Nutzung nicht zwingend zu befestigende Flächen zu verwenden (z. B. Parkflächen).</p> <p><b>Niederschlagswasser-/Abwasserbeseitigung</b>  Gemäß § 55 Abs. 2 WHG soll Niederschlagswasser ortsnah versickert werden. Es ist nachzuweisen, dass eine (Teil-)Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers nicht möglich ist. Das mäßig verschmutzte Niederschlagswasser der Straßen bzw. des geplanten Knotenpunktes soll bevorzugt breitflächig über den belebten Oberboden versickert werden. Entsprechende Rückhalteflächen des anfallenden Niederschlagswassers sind im Bebauungsplan vorzusehen. Bei Einleitung des Abwassers in die Kanalisation ist eine Überlastung dieser zu vermeiden.</p> <p>Eine ordnungsgemäße und schadlose Abwasserbeseitigung für das Schmutz- und Niederschlagswasser ist in einer entsprechenden Ent-</p>	<p>Aufgrund der ordnungsgemäßen gedrosselten Regenwasserentsorgung sind keine negativen Auswirkungen auf die tiefer gelegenen Grundstücke, bzw. auf die Vorfluter zu erwarten.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und nach Möglichkeit beachtet.</p> <p>Zur Prüfung der Versickerungsfähigkeit wurde ein Geotechnischer Bericht erstellt.  Die Böden der Bodenschichten 2 sind aufgrund ihrer sehr geringen Durchlässigkeiten nicht zur Versickerung geeignet.  Vorliegend wird deshalb von einer Versickerung abgeraten. Das anfallende Oberflächen- und Niederschlagswasser sollte daher in einer Regenrückhalteeinrichtung gesammelt werden. Die Rückhaltefläche wird auf dem Grundstück mit Rückhalterigolen hergestellt.</p> <p>Die Entwässerungsplanung wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens aufgezeigt.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>wässerungsplanung aufzuzeigen. Anlagen und Entwässerungseinrichtungen zur Ableitung von Dränwasser (Dränanlagen) sind wasserrechtlich zu behandeln und im Entwässerungsplan in Lage und Dimension zu kennzeichnen. Die Entwässerungsplanung ist vorab mit dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach abzustimmen.</p> <p>Grundsätzlich ist für eine gezielte Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser oder eine Einleitung in oberirdische Gewässer (Gewässerbenutzungen) eine wasserrechtliche Erlaubnis durch die Kreisverwaltungsbehörde erforderlich. Hierauf kann verzichtet werden, wenn bei Einleitungen in oberirdische Gewässer die Voraussetzungen des Gemeingebrauchs nach § 25 WHG in Verbindung mit Art. 18 Abs. 1 Nr. 2 BayWG mit TREN OG (Technische Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in oberirdische Gewässer) und bei Einleitung in das Grundwasser (Versickerung) die Voraussetzungen der erlaubnisfreien Benutzung im Sinne der NWFreiV (Niederschlagswasserfreistellungsverordnung) mit TRENGW (Technische Regeln für das zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser) erfüllt sind.</p> <p>Gegen den Bebauungsplan bestehen keine grundlegenden wasserwirtschaftlichen Bedenken, wenn die obigen Ausführungen berücksichtigt werden.</p>	<p>Die weitere Planung erfolgt in Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach.</p> <p>Die Erforderlichkeit eines wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens wird geprüft und bei Bedarf erstellt und beim Landratsamt Ansbach eingereicht.</p> <p>Die grundlegende Zustimmung aus wasserwirtschaftlicher Sicht wird zur Kenntnis genommen, die Belange können wie oben beschrieben berücksichtigt werden.</p>
4	<b>IHK Nürnberg für Mittelfranken</b> 02.01.2025	<p>Nach Prüfung der Unterlagen und Rücksprache mit unserem zuständigen IHK-Gremium dürfen wir Ihnen mitteilen, dass seitens der IHK Nürnberg für Mittelfranken in ihrer Rolle als Vertreterin der gesamtwirtschaftlichen Interessen grundsätzlich <b>keine Einwände</b> jedoch Anregungen gegen die o.g. Änderung bestehen.</p> <p>Die o. g. Änderung des Bebauungsplan Nr. 7 schafft die bebauungsrechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung eines Einzelhandelszentrum für Einzelhandel, Dienstleistungen, Gesundheit und Gastronomie.</p>	

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Mit der vorgesehenen Flächenausweisung für ein Einzelhandelszentrum soll zukünftig die Nahversorgung und Teile der Daseinsvorsorge im nördlichen Teil der Stadt Herrieden gesichert werden.</p> <p>Die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels am Ortsrand kann zu einem beschleunigten Verlust der Multifunktionalität im Ortskern und somit zu einer Verödung des Zentrums führen. Um dem entgegen zu wirken, regt die IHK Nürnberg für Mittelfranken an, Maßnahmen zur Belebung und Aktivierung der Innenstädte und Ortszentren, aus dem von der Vollversammlung verabschiedeten „Strategiekonzept pulsierende Zentren“ umzusetzen.</p> <p>Um zukünftige Entwicklungen in allen Bereichen (Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel und Soziales) zu ermöglichen, tritt die IHK Nürnberg für Mittelfranken in der verabschiedeten Position „Eckpunktepapier zur Flächenentwicklung“ für einen verantwortungsvollen Umgang mit der knappen Ressource Fläche ein. Im Rahmen des IHK-Immobilienpreis Mittelfranken werden innovative Lösungen einer nachhaltigen Standortentwicklung ausgezeichnet. Unter den bisherigen Preisträgern finden sich u.a. Beispiele für die Entwicklung und Umsetzung flächensparender Einzelhandelsstandorte.</p> <p>Wir danken Ihnen für die Beteiligung. Gerne stehen wir Ihnen für wirtschaftsrelevante Gespräche in diesem Zusammenhang zur Verfügung.</p>	<p>Die Stadt Herrieden verfolgt aktiv den Erhalt und Ausbau der Multifunktionalität des Ortskerns und fördert strukturiert Maßnahmen zur Belebung und Aktivierung der Innenstadt.</p> <p>Auf Grundlage des ISEK werden seit 2015 Maßnahmen aus diesem Konzept umgesetzt.</p> <p>In Hinblick auf den Einzelhandel liegt der Fokus entsprechend der Empfehlung der Gutachter des für das ISEK erstellte Gutachten von 2011 darauf, „das innerstädtische Zusatzangebot von den Standardprodukten der Anbieter des Gewerbegebietes Münchener Straße/Industriestraße“ abzuheben und zwar, wie empfohlen „in Form kleinteiliger Besatzerweiterung“. Die Entwicklungen der letzten Jahre wurden diesem Ansatz wie folgt gerecht:</p> <p>Ein Dienstleister im Gesundheitsbereich konnte innerhalb der Altstadt geeignetere Räumlichkeiten finden und die freigeordneten Räume werden seitdem als Co-Working-Space genutzt.</p> <p>Der Standort der Bäckerei in der Vorderen Gasse wurde durch den Erwerb der Immobilie durch die Kommune dauerhaft gesichert.</p> <p>Die Kommune erwarb einen Leerstand in der Vorderen Gasse und vermietet diesen an ein Schuhfachgeschäft. Im ehemaligen Schreibwarengeschäft findet sich mittlerweile ein Spielwarengeschäft, das durch ein besonders kundenorientiertes und nachhaltiges Konzept ein besonderes Alleinstellungsmerkmal aufweist.</p> <p>In den Räumlichkeiten einer Steuerkanzlei am Marktplatz hat sich zwischenzeitlich eine Mode-Boutique etabliert.</p> <p>In einem Leerstand am Storchentor befindet sich mittlerweile seit mehreren Jahren ein Fotostudio.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Bürgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur  
Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
			<p>Die Stadt konnte in ihrer eigenen Immobilie am Marktplatz für den scheidenden Friseursalon eine Nachfolge finden. Der ehemalige Betrieb für Raumausstattung fand junge Käufer, die aktuell eine Neuausrichtung vorbereiten, wobei Regionalität und Nahversorgung eine Rolle spielen sollen. Auf Vermittlung der Stadt hin entstand am Vogteiplatz der Secondhand-Laden der Caritas.</p> <p>In der Hinteren Gasse findet sich mittlerweile in den ehemaligen Räumlichkeiten des Sportgeschäfts ein Deko-Laden.</p> <p>Im Rahmen einer Machbarkeitsuntersuchung wurde 2012/2022 die Ansiedlung eines kleinen Nahversorgers in der Altstadt bzw. am Rande der Altstadt konkret untersucht. Ein Betreiber konnte jedoch trotz intensiver Bemühungen aufgrund der noch vorhandenen Geschäfte und der als gut bewerteten Versorgungslage nicht gefunden werden.</p> <p>Metzgerei, Apotheke, Physiotherapeutische Praxis, Kosmetikstudio, Elektrofachgeschäft, Optiker, zwei Bekleidungsgeschäfte, der Eine-Welt-Laden, Übernachtungsbetriebe, Sparkasse und VR-Bank, Reisebüro, Farben-geschäft mit Passbildservice, Arztpraxen, verschiedene Dienstleister, zwei Imbisse, eine Pizzeria mit Eisdiele, weitere vier Gastrobetriebe mit verschiedenen Schwerpunkten, Biergarten am Stadtschloss, Fitness-Studio, Fahrschule, Fußpflege, Massagestudio, Kirche, Pfarrheim mit Kegelbahn, Buchhandlung, Kunstgalerie, Rathaus, Musikschule, KiTa, Schule, Tagespflege, Gärtnereien, regionaler Verkaufsautomat, Stadt- und Pfarrbücherei und Stadtschloss in zentraler Lage tragen weiterhin zur Belebung der Altstadt bei.</p> <p>Da sich „mit Blick auf die baulich-strukturellen Gegebenheiten sowie den daraus resultierenden kaum vorhandenen Flächenpotenzialen (...)die quantitativen Entwicklungs-</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur  
Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
			<p>möglichkeiten der Innenstadt aus einzelhändlerischer Sicht als insgesamt stark eingeschränkt dar(stellen)", wie das Gutachten von 2011 bescheinigt, konzentriert sich die Stadt bei der „einzelhändlerischen Weiterentwicklung der Innenstadt vornehmlich auf qualitative Aspekte“, so wie im Gutachten empfohlen.</p> <p>Da „gerade das äußere Erscheinungsbild jedes einzelnen Betriebes maßgeblich zum optischen Gesamteindruck der Innenstadt“ (beiträgt), unterstützt die Stadt durch ein kommunales Förderprogramm die Sanierung von Bestandsgebäuden in der Altstadt und hat zum 1.1.2025 die Fördersätze hierfür deutlich angehoben. Außerdem hat die Stadt ein Förderprogramm für Blumenschmuck in der Altstadt aufgelegt.</p> <p>Um die Situation für die Einzelhändler strukturell zu verbessern, hat die Stadt in den vergangenen 4 Jahren an Schlüsselstellen in der Altstadt entsprechend der Empfehlung des Gutachtens zahlreiche zusätzliche Parkplätze und Fahrradabstellanlagen geschaffen.</p> <p>Außerdem wurde die Fußgängersicherheit durch geeignete Maßnahmen verbessert.</p> <p>Immobilien, die bereits lange leer standen bzw. in einem sehr desolaten Zustand sind, hat die Stadt zwischenzeitlich erworben. Mit behördlich abgestimmten Modernisierungskonzepten soll die Reaktivierung mit Partner gelingen. Zwei Immobilien konnten auf diesem Weg bereits aktiviert werden.</p> <p>Entsprechend der Empfehlung, „zur Belebung der Innenstadt wäre ferner die Akzeptanz von weiteren Märkten zu verschiedenen Anlässen zu prüfen“ und im Bewusstsein dafür, dass der von „der Bevölkerung gut angenommene Weihnachtsmarkt (...) die Bedeutung von Märkten als identifikationsstiftende und frequenzinduzierende Veranstaltungen deutlich“ aufzeigt, fördert die Stadt konsequent und mit Nachdruck die Innenstadt belebende Veranstaltungen.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur  
Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
			<p>Trotz der Corona-Krise konnte in den vergangenen Jahren – auch durch Neuausrichtungen – die bestehenden Veranstaltungen weiter ausgebaut und neue Formate etabliert werden: Faschingsumzug, Frühjahrsmarkt, Altstadtfest, Herrieden tanzt, Stiftsbasilika-Konzerte, Kirchweih, ENZO-BIKE, Kathreinmarkt, verkaufsoffene Sonntage, Weihnachtmarkt, Herrieder Stadtlauf, Maibaumfest, Musiknacht, in diesem Jahr die BR-Radl-Tour und das Konzert im Rahmen des „Fränkischen Sommers“, das wöchentliche Friedensgebet am Marktplatz, Museum auf dem Weg, Prozessionstheater, Tag des Offenen Denkmals, Feierlichkeit anlässlich des Volkstrauertages, Veranstaltungen der Kleinkunsthöhne „Alte Seilerei“ und der Altstadtfreunde sowie der vom Angebot weiter ausgebauten Freitagsmarkt mit begleitenden Veranstaltungen und Angeboten wie Pflanzentausch-Börse, Kaffee-Stop, Mitbring-Brunch zur Woche der Offenen Gesellschaft, MarktFAIRgnügen und Bücherfloh-Markt dienen über das Jahr als verlässliche Frequenzbringer für die Altstadt von Herrieden.</p> <p>Auch das von der Stadt Herrieden und in der Zwischenzeit vom Gewerbeverein fortgeführte „Stadtguthaben“-Konzept dient der Stärkung des Einzelhandels in der Innenstadt. Das aus gutachterlicher Sicht zentrale, in der Umsetzbarkeit jedoch nicht unproblematisches Maßnahmenbündel zur Sicherung und Stärkung des innerörtlichen Einzelhandels und damit der gesamten Innenstadt zielt letztlich auch auf die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Neben zahlreichen Bemühungen zur Reduzierung der Durchfahrtsgeschwindigkeit wurden daher durch gezielte Verkehrslenkung (Einbahnstraße und Durchfahrtsperre am Wochenende im Umgriff eines Gastronomiebetriebs) bereits erste Maßnahmen aus dem 2023 verabschiedeten Verkehrskonzept umgesetzt. „Eine Verringerung des Straßenquerschnitts zugunsten breiterer Gehwege“ wie im Gutachten von 2011 empfohlen, ist an ge-</p>



**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Bürgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur  
Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
			<p>eigneten Stellen bereits in Planung ebenso wie „zusätzliche Querungshilfen für Fußgänger“. Durch einen weiteren Durchgang in der Stadtmauer wird der Grünzug um die Altstadt erlebbarer und durch die geplante Einrichtung eines Erlebnisspielplatzes am Stadtschloss ein zusätzlicher Frequenzbringer für die Altstadt geschaffen. Beide Maßnahmen stellen weitere wichtige Bausteine für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Altstadt dar. Außerdem kann die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels am Wasserturm entsprechend den Ergebnissen des Integrierten Verkehrskonzepts von 2023 einen spürbaren Beitrag leisten, um den reinen Binnenverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und somit zu einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Altstadt beitragen.</p> <p>Die Stadt Herrieden verfolgt seit Jahren und auch weiterhin konsequent die Stärkung der Innenstadt in Kooperation mit Gewerbetreibenden, Unternehmen, Betrieben, Vereinen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern und setzt dabei auf eine Multifunktionalität des Ortskerns und ein sich ergänzendes Zusammenspiel von harten und weichen Faktoren, das durch eine Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel „Am Wasserturm“ nicht direkt tangiert wird. Dabei richtet sich das Bestreben der Stadt vor allem darauf, die Aufenthaltsqualität und Erlebbarkeit von gemeinschaftsstiftender Interaktion in der Innenstadt zu stärken und durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu einer nachhaltigen Belebung beizutragen.</p>
5	<b>N-ergie Netz GmbH</b> 02.01.2025	<p>Die Stellungnahme vom 03.11.2023, AZ: ARB02202344915, behält weiterhin Gültigkeit. Eine Kopie dieser Stellungnahme fügen wir als Anlage bei.</p> <p>Für die Anfrage bedanken wir uns.</p> <p>Die aktuellen Datenschutzhinweise zum Umgang mit personenbezo-</p>	Die Abwägung zur Stellungnahme vom 03.11.2023 wird aufrechterhalten.

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		genen Daten finden Sie auf unserer Internetseite <a href="http://www.n-ergie-netz.de">www.n-ergie-netz.de</a> .	
	<b>N-ergie Netz GmbH</b> 03.11.2023	<p>In der Anlage erhalten Sie Bestandspläne der N-ERGIE Netz GmbH und der von uns gegebenenfalls im Rahmen einer Betriebsführung mitbetreuten Versorgungsanlagen im oben genannten Bereich. Diese Bestandspläne besitzen nur informellen Charakter.</p> <p>Die Bestandspläne enthalten Anlagen der N-ERGIE Netz GmbH. Soweit es sich vorstehend nicht um Anlagen der N-ERGIE Netz GmbH handelt, wird diese im Namen und Auftrag der jeweiligen Anlagenbetreiber tätig.</p> <p>Zusätzlich zu den auf den überlassenen Plänen bekannt gegebenen Anlagen können sich vor Ort weitere im Eigentum Dritter stehende Anlagen - insbesondere Kabel, Rohre oder Leitungen zum Anschluss von Erneuerbaren Energieanlagen - befinden, für die wir nicht zuständig sind.</p> <p>Über diese können wir keine Auskunft geben und diese sind deshalb auch nicht im Planwerk dokumentiert. Hierfür ist der jeweilige Anlagenbetreiber zuständig.</p> <p>Die Versorgung des Baugebietes mit Strom kann, nach entsprechender Netzerweiterung, ausgehend vom bestehenden Versorgungsnetz sichergestellt werden.</p> <p>Sind keine Gehwege geplant, wird ein Versorgungstreifen von ca. 1,00 m Breite empfohlen.</p> <p>Zwischen geplanten Baumstandorten und Versorgungsleitungen, ist nach dem DVGW Regelwerk, Arbeitsblatt GW 125 „Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsleitungen“ ein Abstand von 2,50 m einzuhalten. Wir bitten Sie, dies bei Ihrem Planungsvorhaben zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Aussage bezüglich der Versorgung der gewerblichen Bauflä-</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und die Hinweise beachtet.</p> <p>Es erfolgt eine rechtzeitige Abstimmung Koordinierung erforderlicher Maßnahmen.</p> <p>Die Hinweise werden, soweit noch nicht vorhanden in den Unterlagen ergänzt.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>chen kann von uns erst getroffen werden, wenn uns Art und Leistung der anzusiedelnden Betriebe bekannt sind. Wir bitten daher um baldmöglichste Information.</p> <p>Die aktuellen Datenschutzhinweise zum Umgang mit personenbezogenen Daten finden Sie auf unserer Internetseite <a href="http://www.n-ergie-netz.de">www.n-ergie-netz.de</a>.</p>	
<b>Keine Einwände</b>			
1	<b>Regierung von Mittelfranken</b> 19.12.2024	<p>Mit der Änderung des Bebauungsplanes sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung von teilweise großflächigen Einzelhandelsbetrieben geschaffen werden.</p> <p>Zu der Planung hatten wir bereits mehrfach sowohl beratend als auch im förmlichen Verfahren Stellung genommen. In unserer Stellungnahme vom 16.11.2023 hatten wir eine Anpassung von Festsetzungen empfohlen, um sicherzustellen, dass im Sondergebietsteil 2 nur ein Einzelhandelsbetrieb und damit insgesamt keine als erheblich überörtlich raumbedeutsam einzustufende Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben entsteht.</p> <p>Im Zuge der Beratung haben wir die Planung zudem inzident auf ihre Vereinbarkeit mit neuen Beurteilungsgrundlagen geprüft und mit E-Mail vom 17.06.2024 mitgeteilt, dass die Verkaufsfläche des Vollsortimenters auf 1.400 m² (zuvor 1.450 m²) zu beschränken ist.</p> <p>Die Stadt Herrieden hatte die Bebauungsplanänderung bislang im beschleunigten Verfahren durchgeführt und wechselt nun ins Regelverfahren. Zudem wird die Bebauungsplanänderung jetzt als vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt.</p> <p>Im Sondergebietsteil 1 wird entsprechend des vorgenannten Hinweises die zulässige Verkaufsfläche des Lebensmittelvollsortimenters mit Backshop und Café auf 1.400 m² herabgesetzt.</p> <p>Im Sondergebietsteil 2 wird jetzt ein Drogeriemarkt mit einer Verkaufsfläche von max. 800 m² festgesetzt - zuvor waren mit einer Gesamtverkaufsfläche von 800 m² Märkte mit Drogeriewaren, Sportarti-</p>	

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Bürgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>keln und Elektronik genannt.</p> <p>Im Sondergebietsteil 3 werden jetzt ein Lebensmitteldiscounter mit Backshop und Café mit einer Verkaufsfläche von max. 1.200 m² sowie der Einzelhandelsnutzung flächenmäßig untergeordnete Nutzungen aus dem Spektrum Dienstleistungen, Gastronomie, Gesundheitswesen, Physiotherapie und Rehabilitation festgesetzt. Die Möglichkeit, im Rahmen der 1.200 m² Gesamtverkaufsfläche alternativ oder zusätzlich einen Bau- und Heimwerkermarkt zu errichten, ist gegenüber dem letzten Entwurf entfallen.</p> <p>Dieser Wechsel zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit klarer Definition der Nutzung entspricht unseren Empfehlungen für mehr Rechtsklarheit. Die in der Stellungnahme vom 16.11.2023 abgegebene Bewertung hat weiter Bestand, d.h. das Vorhaben steht in Einklang mit den einschlägigen Zielen LEP 5.3.1 Lage im Raum, LEP 5.3.2 Lage in der Gemeinde und LEP 5.3.3 Zulässige Verkaufsflächen.</p> <p>Einwendungen aus landesplanerischer Sicht werden daher nicht erhoben.</p>	<p>Die Zustimmung aus landesplanerischer Sicht wird zur Kenntnis genommen.</p>
	<p><b>Regierung von Mittelfranken</b> 16.11.2023</p>	<p>Um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Einzelhandelszentrums zu schaffen, plant die Stadt Herrieden die 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Bürgerfeld“ im Norden des Kernortes.</p> <p>Der Geltungsbereich der 3. Änderung umfasst Teilflächen aus dem östlichen Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes und bezieht weitere Flächen ein, auf denen ein Kreisverkehr und die Zufahrt zu den beplanten Grundstücken angelegt werden sollen.</p> <p>Ausgewiesen wird ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Einzelhandel mit Dienstleistungen, Gesundheit und Gastronomie“, welches in drei Sondergebietsteile gegliedert ist. Im Sondergebietsteil 1 ist ein Lebensmittelvollsortimenter mit einer Gesamtverkaufsfläche von max. 1.450 m² zulässig. Im Sondergebietsteil 2 sind mit einer</p>	

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Bürgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Gesamtverkaufsfläche von max. 800 m² folgende Märkte zulässig: Drogeriemarkt, Sportartikelgeschäft, Elektronikartikelgeschäft. Im Sondergebietsteil 3 sind mit einer Gesamtverkaufsfläche von max. 1.200 m² folgende Märkte zulässig: Lebensmitteldiscounter, Bau- und Heimwerkermarkt inkl. Gartenartikel, Gartenbedarf. In den Sondergebietsteilen 2 und 3 sind außerdem jeweils Einrichtungen des Gesundheitswesens, Physiotherapie und Rehabilitation, sowie gegenüber der Einzelhandelsnutzung flächenmäßig untergeordnete Dienstleistungs- und Gastronomieangebote zulässig.</p> <p><u>Einschlägige Erfordernisse der Raumordnung</u></p> <p>Die für die Planung relevanten Ziele und Grundsätze aus dem Landesentwicklungsprogramm Bayern und dem Regionalplan Region Westmittelfranken sind in der Begründung bereits enthalten. Mit Blick auf die zugelassenen Sortimente ist Ziel LEP 5.3.1 nicht nur im zitierten Auszug, sondern in Gänze relevant:</p> <p><b>(Z)</b> Flächen für Betriebe im Sinne des § 11 Abs. 3 Satz 1 der Baunutzungsverordnung sowie für Agglomerationen (Einzelhandelsgroßprojekte) dürfen nur in zentralen Orten ausgewiesen werden.</p> <p>Abweichend sind Ausweisungen zulässig - für Betriebe bis 1 200 m² Verkaufsfläche, die ganz überwiegend dem Verkauf von Waren des Nahversorgungsbedarfs dienen, in allen Gemeinden; diese Ausweisungen sind unabhängig von den zentralörtlichen Funktionen anderer Gemeinden zulässig und unterliegen nur der Steuerung von Ziel 5.3.2, - für Einzelhandelsgroßprojekte, die überwiegend dem Verkauf von Waren des sonstigen Bedarfs dienen, nur in Mittel- und Oberzentren sowie in Grundzentren mit bestehenden Versorgungsstrukturen in dieser Bedarfsgruppe.</p> <p><u>Bewertung aus landesplanerischer Sicht</u></p> <p>Herrieden ist als Unterzentrum (vgl. RP (8) 2.1.1.2) ein zentraler Ort</p>	<p>Die Ziele und Grundsätze aus dem Landesentwicklungsprogramm Bayern und dem Regionalplan Region Westmittelfranken werden wie vorgeschlagen vervollständigt.</p> <p>Die Einordnung der Stadt Herrieden aus landesplanerischer Sicht</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Burgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>und einem Grundzentrum gleichgestellt (vgl. § 2 Abs. 2 der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern). Herrieden verfügt bereits über Versorgungsstrukturen in der Bedarfsgruppe Waren des sonstigen Bedarfs. Insofern ist auch die Ausweisung von Flächen für Einzelhandelsgroßprojekte, die überwiegend dem Verkauf von Waren des sonstigen Bedarfs dienen (hier: Bau- und Heimwerkerbedarf, Gartenartikel, Gartenbedarf) ausnahmsweise zulässig (vgl. LEP 5.3.1).</p> <p>Der Standort liegt innerhalb eines baulich verdichteten Siedlungszusammenhangs mit wesentlichen Wohnanteilen, hat einen anteiligen fußläufigen Einzugsbereich und ist über die Bushaltestellen Am Wasserturm, Bergwirt und Am Martinsberg mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erreichbar. Er ist somit städtebaulich integriert (vgl. LEP 5.3.2).</p> <p>Neben Betrieben i. S. d. § 11 Abs. 3 BauNVO sind aufgrund analoger räumlicher Wirkungen auch Agglomerationen von mindestens drei Einzelhandelsbetrieben in räumlich funktionalem Zusammenhang, die erheblich überörtlich raumbedeutsam sind, als Einzelhandelsgroßprojekte erfasst. Nach Auffassung der höheren Landesplanungsbehörde liegt keine erheblich überörtlich raumbedeutsame Agglomeration vor. Dieser Bewertung liegt die Annahme zugrunde, dass im Geltungsbereich drei selbständige Verkaufseinheiten zugelassen werden. Bäckereien/Metzgereien o.ä. innerhalb der Lebensmittelmärkte wären dabei keine selbständigen Einheiten und wären auf die Verkaufsfläche des Lebensmittelmarktes anzurechnen (vgl. VGH Mannheim, Urteil vom 11.02.2016 - 5 S 1389/14).</p> <p>Sollten stattdessen aber im Sondergebietsteil 2 mehrere Einzelhandelsbetriebe mit unterschiedlichen Sortimenten entstehen, wäre die Frage, ob es sich insgesamt um eine überörtlich raumbedeutsame Agglomeration oder gar ein Einkaufszentrum handelt, ggf. anders zu bewerten. Es wird daher angeregt, zur Klarstellung zwischen die zugelassenen Märkte jeweils ein „oder“ zu setzen.</p> <p>Bei Beachtung dieses Hinweises ist jeder Einzelhandelsbetrieb im Geltungsbereich des Bebauungsplanes einzeln zu beurteilen und ggf. an Ziel LEP 5.3.3 zu messen.</p>	<p>scher Sicht wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Vereinbarkeit des Vorhabens mit dem Ziel des LEP 5.3.1. wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Bewertung zur städtebaulich integrierten Lage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Festsetzungen werden wie vorgeschlagen angepasst, so dass es sich nicht um eine überörtlich raumbedeutsame Agglomeration oder gar ein Einkaufszentrum handelt.</p>

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Burgerfeld“ – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Im Sondergebietsteil 1 orientiert sich eine Verkaufsfläche von max. 1.450 m² für einen Lebensmittelvollsortimenter am Nahbereich der Stadt Herrieden. Einwendungen aus landesplanerischer Sicht werden nicht erhoben.</p> <p>Betriebe im Sondergebietsteil 2 sind auf max. 800 m² beschränkt und stellen für sich kein Einzelhandelsgroßprojekt dar. Sie unterliegen somit keiner landesplanerischen Steuerung. Unabhängig vom Sortiment sind daher Einwendungen aus landesplanerischer Sicht nicht zu erheben.</p> <p>Im Sondergebietsteil 3 orientiert sich ein Lebensmitteldiscounter bis 1.200 m² Verkaufsfläche am Nahbereich der Stadt Herrieden. Für Einzelhandelsbetriebe des sonstigen Bedarfs (hier: Bau- und Heimwerkerbedarf inkl. Gartenartikel, Gartenbedarf) müsste ein vorhaben-spezifischer Projekteinzugsbereich definiert werden. Es ist zu erwarten, dass Bau- und Heimwerkermarkt mit Gartenartikeln bis 1.200 m² Verkaufsfläche ein hinreichend großes Projekteinzugsgebiet hat bzw. sich ein der Größe angemessenes Projekteinzugsgebiet plausibel darlegen ließe. Einwendungen werden daher auch für den Sondergebietsteil 3 nicht erhoben.</p> <p>Der Planung stehen Ziele der Raumordnung somit nicht entgegen.</p>	<p>Die Zustimmung zu den festgesetzten Verkaufsflächen aus landesplanerischer Sicht wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Nach ergänzter Beurteilung wird die zulässige Verkaufsfläche für den Vollsortimenter auf 1.400 m² reduziert.</p>
2	<b>Regionaler Planungsverband Westmittelfranken</b> 20.12.2024	Der Regionale Planungsverband Westmittelfranken gibt zur hier gegenständlichen Bauleitplanung keine eigenständige Stellungnahme ab und verweist hinsichtlich der raumordnerischen Belange auf die Stellungnahme der Höheren Landesplanungsbehörde.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Planung stehen Ziele der Raumordnung nicht entgegen.
3	<b>Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b> 22.11.2024	Gegen die vorgestellten Planungen, 3. Änderung und Erweiterung Bebauungsplan Nr. 7 „Burgerfeld“, der Stadt Herrieden bestehen keine Einwände.	Wird zur Kenntnis genommen.
4	<b>Bayerischer Bauernverband</b>	Sie haben uns die Planungen der Stadt Herrieden zur erneuten Stellungnahme überlassen:	

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Burgerfeld“ – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
	18.12.2024	<p>Aus landwirtschaftlicher Sicht nehmen wir hierzu wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die Planungen bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken.</p>	Die Zustimmung aus landwirtschaftlicher Sicht wird zur Kenntnis genommen.
5	<b>Gesundheitsamt Ansbach</b> 26.11.2024	Nach Durchsicht und Prüfung der eingereichten Unterlagen bestehen aus hygienischer Sicht keine Einwände gegen das geplante Vorhaben.	Wird zur Kenntnis genommen.
6	<b>Gemeinde Aurach</b> 19.12.2024	Der Gemeinderat Aurach die o.g. Bauleitplanung der Stadt Herrieden in der Sitzung am 05.12.2024 behandelt und beschlossen, „gegen die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Burgerfeld“ der Stadt Herrieden und gegen die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Herrieden soweit keine Einwendungen zu erheben. Ihm ist bekannt, dass Einwendungen im Rahmen der vorgenannten Bauleitplanverfahren einen Standortwechsel von ALDI von Aurach nach Herrieden nicht verhindern können. Allerdings gibt der Gemeinderat ausdrücklich zu bedenken, dass bei einem Standortwechsel von ALDI in Aurach die Grundversorgung mit Lebensmitteln vor Ort nicht mehr gegeben ist.“	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
7	<b>Stadt Feuchtwangen</b> 30.12.2024	<p>Vielen Dank für die Beteiligung an o.g. Bauleitplanverfahren.</p> <p>Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass seitens der Stadt Feuchtwangen keine Einwendungen vorgetragen werden.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
8	<b>Gemeinde Burgoberbach</b> 27.12.2024	Der Gemeinderat von Burgoberbach hat sich in seiner letzten Sitzung am 12.12.2024 u.a. auch mit der Bauleitplanung der Stadt Herrieden – 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Burgerfeld“ befasst und erhebt keine Einwände gegen diese Planungen.	Wird zur Kenntnis genommen.
9	<b>Stadt Leutershausen</b> 26.11.2024	Bezüglich der Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 7 „Burgerfeld“ möchte ich im Namen der Stadt Leutershausen folgende Stellungnahme abgeben:	



**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Bürgerfeld" – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden**  
**Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Die Stadt Leutershausen verfolgt die städtebauliche Entwicklung in Herrieden mit großem Interesse. Wir begrüßen die Bemühungen um eine nachhaltige und zukunftsorientierte Planung im Bereich des „Bürgerfelds“. Die vorliegenden Planungen erscheinen uns insgesamt schlüssig und berücksichtigen die verschiedenen Belange auf angemessene Weise. Die Stadt Leutershausen hat keine Einwände gegen die geplanten Maßnahmen und wünscht der Stadt Herrieden viel Erfolg bei der Umsetzung des Bebauungsplans.</p> <p>Wir sind überzeugt, dass die geplante Bebauung einen positiven Beitrag zur Weiterentwicklung der Stadt Herrieden leisten wird.</p>	Wird Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
10	<b>Markt Bechhofen</b> 19.12.2024	<p>In der öffentlichen Sitzung des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses des Marktes Bechhofen am 05.12.2024 wurde die o. g. Planung vorgestellt.</p> <p>Von Seiten des Marktes Bechhofen werden keine Einwände erhoben.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
11	<b>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr</b> 25.11.2024	Hiermit erhalte ich die bereits abgegebene Stellungnahme vom 31.10.2023 (Fall VI-1494-23 BBP) zu o. g. Beteiligung aufrecht. Die Änderungen der jetzigen Beteiligung wurden berücksichtigt.	Die Abwägung zur Stellungnahme vom 31.10.2023 wird aufrechterhalten.
	<b>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr</b> 31.10.2023	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Wird zur Kenntnis genommen.
<b>Keine Stellungnahme</b>			
1	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung		
2	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Nürnberg		

**Abwägungstabelle zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 “Burgerfeld” – vorhabenbezogener Bebauungsplan zur  
Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

<b>Nr</b>	<b>Behörden und sonstige TÖB</b>	<b>Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden</b>	<b>Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde</b>
3	Bund Naturschutz in Bayern e. V.		
4	Deutsche Telekom Technik GmbH		
5	Amt für Ländliche Entwicklung		
6	Fernwasserversorgung Franken		
7	Handwerkskammer für Mittelfranken		
8	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, München		
9	Stadt Ansbach		
10	Gemeinde Wieseth		
11	Kreisheimatpfleger		

Aufgestellt: 04.06.2025

**Ingenieurbüro Heller GmbH**